Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Tönning am 10.07.2023 im Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 19:33 Uhr Ende: 22.32 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender Helge Harder

Stv. Ausschussvorsitzender Andreas Gülck

Stadtvertreterin Mery Ebsen

Stadtvertreter Sascha Halupka

Stadtvertreter Dieter Mölck

Stadtvertreterin Sabine Moik

Stadtvertreter Maik Peters

Stadtvertreter Helge Prielipp (stellv. Friedrich Busch)

Stadtvertreter Peter Tetzlaff

Von der Verwaltung nehmen teil:

Dorothe Klömmer

Iris Wernecke, zugleich als Protokollführerin

Aus der Stadtvertretung nehmen als Gäste teil:

Stadtvertreter Uwe Wrigge

<u>Tagesordnung</u>

- 1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- 2. Beschluss über die Festlegung der Tagesordnungspunkte, die in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden sollen
- 3. Bekanntgabe der Beschlüsse, die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses am 28.03.2023 im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden
- 4. Einwendungen zur Niederschrift über die letzte Sitzung des Hauptausschusses am 28.03.2023
- 5. Einwohnerfragestunde
- 6. Bericht der Verwaltung
- 7. Wasserversorgungssituation auf Eiderstedt, Bericht Timo Stahl, Geschäftsführer des Wasserbeschaffungsverbandes Eiderstedt
- 8. Erneute Beratung und Beschlussfassung über die Neustrukturierung Stadtmanagement und Tourismus in der Stadt Tönning
 - 9. Stellenmehrung in der Schulsozialarbeit
 - 10. Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil der Sitzung

- 11. Rechts- und Vertragsangelegenheiten: Veräußerung von städtischer Infrastruktur
- 12. Personalangelegenheiten
- 13. Grundstücksangelegenheiten
- 14. Stundung, Niederschlagung und Erlass
- 15. Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Herr Helge Harder, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er stellt weiter fest, dass gegen die mit dem Einladungsschreiben vom 13.03.2023 bekanntgegebene Tagesordnung keine Einwendungen erhoben werden.

2. Beschluss über die Festlegung der Tagesordnungspunkte, die in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden sollen

Der Vorsitzende Herr Helge Harder fragt, ob es Einwände gegen die Tagesordnungspunkte im nichtöffentlichen Teil gäbe. Es wird beantragt, den TOP 12.1. zur Anerkennung als Sprachkita in den Öffentlichen Teil zu nehmen.

Mit 7 JA-Stimmen und 2 Enthaltungen wird beschlossen, den TOP auf der Tagesordnung unter TOP 10 im öffentlichen Teil zu behandeln.

Ebenfalls fragt Frau Klömmer, ob Informationen zum Bürgerbegehren, das mit einer Stellungnahme in der Stadtvertretersitzung behandelt werden soll, mit in den Bericht der Verwaltung unter TOP 6 oder hierzu ein gesonderter TOP aufgenommen werden soll.

Der Ausschussvorsitzende Herr Helge Harder schlägt vor, das Thema in den Bericht der BGM zu nehmen.

Dies wird einstimmig beschlossen.

3. Bekanntgabe der Beschlüsse, die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses am 23.03.2023 im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden

In der Sitzung des Hauptausschusses am 28.03.2023 ist der Beschluss gefasst worden, dass die Stadt Tönning dem Breitbandzweckverband im Rahmen der wirtschaftlichen Abwicklung der Übereignung der vorhandenen kommunalen Leerrohrinfrastruktur einen Betrag in Höhe von 161.817,88 Euro in Rechnung stellt. Die Einnahme stellt eine außerplanmäßige Einnahme der Stadt Tönning dar, die zu einer Verbesserung der Finanzrechnung führen wird.

4. Einwendungen zur Niederschrift über die letzte Sitzung des Hauptausschusses am 23.03.2023

Es wurden keine Einwände vorgetragen.

5. Einwohnerfragestunde

Frau Wernecke wird auf ihren Beitrag zu den Ermächtigungsübertragen angesprochen, die von Herrn Witt in seiner Funktion als Kämmerer im letzten Finanzausschuss im Rahmen seiner Haushaltsvorstellung näher erklärt wurden. Ob bereits eine Liste mit den von Frau Wernecke angekündigten Priorisierungen der Projekte vorläge und, ob man diese Liste bekommen könne. Man wolle verstehen, warum Projekte ausgesetzt würden. Frau Wernecke verneint die Frage nach Vorliegen einer Liste. Frau Klömmer ergänzt, dass es bei den Ermächtigungsübertragungen nicht nur um ausgesetzte Projekte gehe, teilweise würden sich auch Projekte länger als gedacht hinziehen. Einige Projekte müssten zeitweise in Gänze geschoben werden. Auch politische Beschlüsse führten zu Verschiebungen und gänzliches Aussetzen. Die Liste der Ermächtigungsübertragungen allein würde darüber nicht ausreichend Aufschluss geben. In der Tat sei jedoch eine genauere Betrachtung der zahlreichen Projekte und Aufgaben erforderlich. Hierauf sei auch in den anstehenden Haushaltsberatungen für das kommende Jahr ein besonderes Augenmerk zu richten. Es geht insgesamt darum, nah an den Planungen zu sein. Alles, was nebenbei unter "Verschiedenes" noch gewollt ist, sind Themen die on top auf die Auftragsliste käme. Das müsse man wissen, wenn man diesen Haushaltsaspekt ganzheitlich beleuchten wolle.

6. Bericht aus der Verwaltung

- a) Frau Klömmer berichtet über den Tarifabschluss, der inhaltlich bereits bekannt sei und in 2024 in die Umsetzung ginge.
- b) Die Stadt Friedrichstadt, die als Schulträger für die Finanzierung der baulichen Maßnahmen an der ETS FS verantwortlich sei, Tönning die Mittel aber im Tönninger Haushalt abbildet, so Frau Klömmer, habe nun mehrere Bauabschnitte abgeschlossen. Als Fehlbedarfskommune für das Jahr 2023 habe Friedrichstadt noch keinen genehmigten Haushalt und unter Maßgabe der Kommunalaufsicht musste die Baumaßnahme für den weiteren neuen Bauabschnitt (Hausmeisterräume) gestoppt werden. Die Maßnahme des Neubaus de Sporthalle, die bereits in der Umsetzung ist, sei davon nicht betroffen.
- c) Frau Klömmer berichtet, dass die Initiative für das Bürgerbegehren Olversum ca. 800 Unterschriften eingereicht habe. Für das Quorum reichten ca. 400 Stimmen aus, also 10 % der wahlberechtigten Bevölkerung. Die Kommunalaufsicht habe nun die Aufgabe über die Zulässigkeit zu entscheiden. Dies sei mit einer 3-Monatsfrist versehen. Sei das Bürgerbegehren zulässig, bekämen die Vertretungsberechtigten des Begehrens Gelegenheit, dies der Stadtvertretung vorzustellen. Vorgesehen dafür sei vorsorglich der 18.09.2023, der als außerplanmäßige SV-Sitzung bereits geplant sei. Das Verfahren sähe folgende Optionen vor:

- 1) Abgabe einer Stellungnahme zum geplanten Bürgerentscheid
- 2) Beschluss einer konkurrierenden Fragestellung der Stadtvertretung
- 3) Kompromissfähiger Beschluss in Abstimmung mit den Initiatoren, die den Bürgerentscheid fallen ließen.

Für den Bürgerentscheid avisierte Termine seien der 12.11 oder 19.11.2023.

Die Ausschussmitglieder geben zu verstehen, dass sie diese Informationen mit in ihre Fraktionen nehmen wollen.

Das Ausschussmitglied Maik Peters fragt, ob es möglich sei, fraktionsbezogen Stellung zu nehmen. Frau Klömmer meint, dass sie dazu keine abgesicherte Antwort geben könne und nähme die Frage mit. Das Ausschussmitglied Sascha Halupka fragt, wie mit den zwei konkurrierenden Fragestellungen auf dem Stimmzettel umgegangen würde; ob man mit Ja oder Nein antworten könne. Frau Klömmer führt dazu aus, dass den Bürger/-innen einen Drittfrage dann gestellt würde, wenn Ja-Stimmen und Nein-Stimmen gleich auflägen. Frau Klömmer erklärt weiter, dass es auch möglich sei, dem Bürgerbegehren mit einer Stellungnahme zu entsprechen, es müsse keine konkurrierende Fragestellung eingebracht werden; auch ein Kompromiss verbunden mit einem entsprechenden Stadtvertreterbeschluss sei möglich, der den Bürgerentscheid entbehrlich machen würde. Das Ausschussmitglied Helge Prielipp fragt, ob in der kommenden Stadtvertretersitzung auch ein positives Votum für den Bürgerentscheid eingebracht werden könne. Frau Klömmer bejaht dies.

7. Wasserversorgungssituation auf Eiderstedt, Bericht Timo Stahl, Geschäftsführer des Wasserbeschaffungsverbandes Eiderstedt

Schwerpunkte des Berichtes von Herrn Stahl sind folgende kritische Problemstellungen hinsichtlich der Wasserversorgungssituation auf Eiderstedt:

- Gesamtmengenproblem über das Jahr betrachtet
- Spitzenmengenlast mit einhergehendem Wasserdruckproblem
- Veraltetes und damit marodes Rohrnetz
- Teilweise hoher Versalzungsgrad und/oder hohe Mengen an z.B. Mangan, ebenso auch Armonium bei alternativen Wasserförderungen
- Das Finanzvolumen f
 ür Sanierungen ist noch nicht bekannt.

8. Erneute Beratung und Beschlussfassung über die Neustrukturierung Stadtmanagement und Tourismus in der Stadt Tönning

Die Bürgervorsteherin Mery Ebsen fragt, warum die Stelle für die neue Leitung nicht einfach ausgeschrieben werde. Frau Klömmer entgegnet, dass aktuell nicht

klar sei, ob eine Geschäftsführung oder eine Betriebsleitung ausgeschrieben werden solle. Es bestehe der Auftrag an die Verwaltung, den Eigenbetrieb in eine GmbH zu überführen; der Beschluss dazu sei nicht aufgehoben. Dies stehe jedoch im Raum. Frau Klömmer verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Aber es sei doch längst entschieden, dass der Eigenbetrieb favorisiert werde, so Frau Ebsen. Das Ausschussmitglied Maik Peters erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung vollumfänglich folgen wolle, um bei der Entscheidung der Besetzung flexibel zu bleiben. Das Ausschussmitglied Herr Halupka ergänzt, dass zunächst die Aufgaben eines neuen Kopfes klar sein müssen und dann könne man ausschreiben.

Es wird eine Pause vereinbart: 20:35 Uhr – 20:47 Uhr

Die Bürgervorsteherin Frau Ebsen beantragt die Änderung des Punktes 5 der Vorlage mit der Streichung der Prüfung außertariflicher Optionen zur Bewertung der Stelle des Betriebsleiters. Das Ausschussmitglied Herr Peter Tetzlaff beantragt den Erhalt sämtlicher Punkte der Vorlage; ebenso auch der Ausschussvorsitzende Helge Harder.

Im Folgenden werden alle fünf Punkte der Beschlussvorlage zur Abstimmung gegeben:

- Zu 1) einstimmig, 9 Stimmen
- Zu 2) einstimmig, 9 Stimmen
- Zu 3) einstimmig, 9 Stimmen
- Zu 4) einstimmig, 9 Stimmen
- Zu 5) 5 Ja-Stimmen/ 4 Nein- Stimmen

9. Stellenmehrung in der Schulsozialarbeit

Das Ausschussmitglied Sascha Halupka fragt eingangs, wie der SSSKA-Ausschuss in dieser Angelegenheit gestimmt habe. Der Ausschussvorsitzende Herr Helge Harder antwortet, es sei einstimmig für die Empfehlung votiert worden.

Die Empfehlung des Hauptausschusses für die Stadtvertretung wird einstimmig mit 9 Stimmen angenommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung die Einstellung von weiteren 1,5 Vollzeitäquivalenten im Bereich Schulsozialarbeit.

10. Anerkennung als Sprachkita – Stellenausschreibung

Die Empfehlung des Hauptausschusses für die Stadtvertretung wird einstimmig mit 9 Stimmen angenommen.

11. Verschiedenes

Keine Beiträge.

Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil um 21:20 Uhr.